

Partei der Arbeit (PdAS), Erklärung zur "Europäischen Ökumenischen Versammlung Frieden in Gerechtigkeit", 1989

Vom 15.-21. Mai 1989 findet in Basel die „Europäische Ökumenische Versammlung Frieden in Gerechtigkeit“ statt. Im Arbeitsdokument, welches den Delegierten dieser Versammlung vorliegt, heißt es unter anderem:

„Wir sind zunehmend mit immer stärker ineinander verflochtenen Problemen konfrontiert, die das Überleben der Menschheit gefährden und eine globale Krise verursachen. Diese Probleme sind unter den Begriffen Frieden, Gerechtigkeit und Natur erfaßt. Die Einsicht wächst, daß sie eng zusammenhängen und dringend gelöst werden müssen. Wenn nicht bald tiefgreifende Veränderungen vorgenommen werden, wird sich diese Krise in den nächsten Jahren verschärfen.“ Und weiter wird ausgeführt: *„Wir suchen den Dialog mit allen, die unsere Betroffenheit und Sorgen teilen. Der Weg in eine gesicherte Zukunft kann nur in gemeinsamer Verantwortung gefunden werden. Dies sagen wir, obwohl unser Engagement seinen Grund darin hat, daß wir an Jesus Christus glauben.“*

Die Partei der Arbeit der Schweiz (PdAS) fühlt sich mit diesem Aufruf zum Dialog angesprochen. Wir teilen die grundsätzliche Einschätzung der globalen Probleme, welche die Gegenwart und die Zukunft der Menschheit bedrohen. Auch wir sind der Ansicht, daß die Lösung dieser Probleme die Zusammenarbeit verschiedenster sozialer Kräfte aller gesellschaftlichen Systeme erfordert. Das Engagement für eine solche „Koalition der Vernunft“ ist daher seit längerem eine der Prioritäten unserer Politik.

In dieser Perspektive streben wir auch eine engere Zusammenarbeit mit Christinnen und Christen an, welche sich für eine solidarische Gesellschaft des Friedens engagieren. Von unserer Seite stehen einer solchen gemeinsamen Praxis keinerlei prinzipielle Hindernisse entgegen. Dies zeigt sich unter anderem schon daran, daß in unserer Partei auch Christinnen und Christen mitarbeiten, welche ihre religiöse Überzeugung mit einer marxistischen Gesellschaftsanalyse und der daraus begründeten Politik einer kommunistischen Partei in Einklang sehen.

Wir betrachten eine christliche Praxis, die sich für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung engagiert, nicht als „Opium des Volkes“. Wir sehen darin im Gegenteil eine vorwärtsweisende Vermittlung von Utopie und historischem Prozeß. Wir sind uns bewußt, daß heute in vielen Ländern eine christliche Praxis lebendig ist, die auf die Befreiung des realen Menschen zielt und damit unser - auf anderer weltanschaulicher Grundlage beruhenden - Perspektive eines Reichs der Freiheit, in dem jeder Mensch nach seinen Bedürfnissen leben kann, eng verwandt ist.

Wir beantworten deshalb den Aufruf der Europäischen Ökumenischen Versammlung Frieden in Gerechtigkeit mit dem Angebot einer gemeinsamen Praxis. Wir laden insbesondere die schweizerischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur Zusammenarbeit ein. Dabei wird es darum gehen müssen, hier in der Schweiz konkrete Beiträge zur Überwindung der globalen Probleme zu erbringen. Wir stehen vor der gemeinsamen Aufgabe, eine am kurzfristigen Profit orientierte Ökonomie in eine Wirtschaft des Friedens zu verwandeln, die in Einklang mit Mensch und Natur

steht. Wir haben dazu in der Resolution unseres 13. Parteitages vom März 1987 konkrete Vorschläge unterbreitet, an deren Verwirklichung wir arbeiten und die wir als Ansatzpunkte einer gemeinsamen Praxis zur Diskussion stellen.

Genf, am 6. Mai 1989